



Trotz Krisen machen wir die Schweiz stark!

Bilanz der 51. Legislatur (2019-2023)

1 Einleitung

Die vergangene Legislatur war in vielerlei Hinsicht eine besondere. Als die 41 Mitglieder der FDP-Liberalen Fraktion (darunter 10 Neugewählte) im Dezember 2019 ihr Amt antraten, konnten sie sich wahrscheinlich nicht vorstellen, welche Wendung diese Legislaturperiode nehmen würde. Die Covid-Krise, die gerade erst begonnen hatte, stellte unser Land, unsere Institutionen und die Bevölkerung auf eine harte Probe. Die Schweiz hatte seit dem Zweiten Weltkrieg keine derartige Krise mehr erlebt und zum ersten Mal in der Geschichte wurde eine Parlamentssession unterbrochen. (Die anschliessende Beratung des Covid-19-Gesetzes stellte zudem einen neuen Rekord für die längste Nationalratsdebatte der jüngeren Parlamentsgeschichte auf). Trotz der Krise und der Angst vor dem Virus setzte die FDP-Liberale Fraktion ihr Engagement fort und erarbeitete Rezepte für einen schnellen Ausweg aus der Krise.

Als die Covid-Krise allmählich abklang, wurde das politische Leben durch andere Ereignisse erschüttert. Der Angriffskrieg des Kremls gegen die Ukraine im März 2023 brachte den Krieg vor unsere Haustür. Sicherheitsfragen traten wieder in den Vordergrund und die FDP spielte eine führende Rolle in den Debatten, insbesondere bei Fragen im Zusammenhang mit dem Export von Kriegsmaterial. Ein weiteres wichtiges Ereignis der Legislaturperiode war der Zusammenbruch der Credit Suisse im März 2023. Bereits mehrere Monate zuvor mehrten sich die besorgniserregenden Signale, ohne dass SVP-Finanzminister Ueli Maurer den Ernst der Lage voll erkannte. Dank des grossen Einsatzes der neuen Finanzministerin, Bundesrätin Karin Keller-Sutter, wurde jedoch eine Lösung für die CS gefunden, die eine mögliche weltweite Finanzkrise verhinderte.

Während der Legislaturperiode wurden zwei freisinnige Volksinitiativen eingereicht, die Renteninitiative der Jungfreisinnigen und die Individualbesteuerungsinitiative der FDP Frauen. Beide Volksbegehren bieten konkrete Lösungen für zwei grosse Herausforderungen, mit denen die Schweiz konfrontiert ist.

Im September 2023 feiert der moderne Bundesstaat sein 175-jähriges Bestehen. Dafür wurde das Bundeshaus mit dem Kunstwerk «Tilo» verziert, das nach der ehemaligen FDP-Nationalrätin Tilo Frey aus Neuenburg benannt ist. Die Legislaturperiode endet mit der Schock-Nachricht, dass die Krankenversicherungsprämien im Durchschnitt um 8,7 Prozent steigen werden. Die FDP nimmt das nicht einfach hin und setzt sich weiterhin für mehr Wettbewerb und Digitalisierung im Gesundheitssystem ein. Mit dem Budget-Versicherungsmodell schlägt die FDP ein Modell vor, das bis zu 25 Prozent tiefere Prämien ermöglicht.

Abgänge und Neuzugänge

Auch bei der FDP Schweiz gab es zahlreiche Veränderungen, sowohl auf der Ebene des politischen Personals als auch im Generalsekretariat.

Nach vier Jahren als Parteipräsidentin gab Petra Gössi am 14. Juni 2021 ihren Rücktritt bekannt. Am 2. Oktober 2021 wurde Ständerat Thierry Burkart in Biel unter dem Applaus der Delegierten zum Präsidenten gewählt. Ein Team von fünf Vizepräsidenten (Ständerat Andrea Caroni, Ständerätin Johanna Gapany, Nationalrat Philippe Nantermod, Nationalrat Andri Silberschmidt und die Tessiner Grossrätin Alessandra Gianella) vervollständigt das Präsidium.

Auf Fraktionsebene trat Nationalrat Beat Walti (ZH), Präsident seit 2017, am 14. Dezember 2021 ebenfalls von seinem Amt zurück. Am 17. Februar 2022 wählte die Fraktion den Neuenburger Nationalrat Damien Cottier zum neuen Präsidenten der Fraktion. Nationalrätin Daniela Schneeberger (BL) wurde zwei Wochen später (1. März 2022) zur Vizepräsidentin gewählt.



Im Generalsekretariat übergab Samuel Lanz am 14. Juli 2020 nach 6 Jahren sein Amt an Fanny Noghero, die erste Frau und erste Westschweizerin in dieser Position. Eineinhalb Jahre später, am 1. Januar 2022, übernahm der Bündner Jon Fanzun den Posten.

2 Die wichtigsten Erfolge der Fraktion

2.1 Sozialversicherungen/Gesellschaft

AHV 21

Nach vielen gescheiterten Versuchen und Reformen haben die Schweizerinnen und Schweizer am 25. September 2022 eine Reform der AHV angenommen. Die FDP spielte mit ihren konstruktiven Vorschlägen und ihrer Kompromissbereitschaft eine Schlüsselrolle in diesem Dossier und übernahm den Lead im Abstimmungskampf. Dank der AHV 21 erhält die AHV ein paar Jahre Zeit, doch eine nächste Reform ist unumgänglich. Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen bietet eine Lösung für nachhaltige finanzielle Stabilität der ersten Säule.

Die 2. Säule wird modernisiert: Junge, Frauen, Teilzeitbeschäftigte und der Mittelstand werden profitieren

In der Frühlingssession 2023, hat das Parlament eine Reform der 2. Säule (BVG) verabschiedet und diese dabei umfassend modernisiert. Die FDP hatte bereits während der Debatte über die Reform AHV 21 angekündigt, dass sie sich für eine BVG-Reform zu Gunsten der Frauen und Geringverdiener einsetzen werde. Dieses Versprechen wurde nun eingelöst. Beide Kammern haben sich mit der Senkung der Eintrittsschwelle darauf geeinigt, künftig deutlich mehr Menschen einen Zugang zur zweiten Säule zu ermöglichen. All jene, die bis anhin nicht versichert waren, werden nicht nur von besseren Renten profitieren, sondern auch im Todesfall oder bei Invalidität abgesichert sein. Für Menschen, die bereits BVG-versichert sind, bedeutet die Reform ebenfalls ein Grund zur Freude: Die Senkung des Koordinationsabzugs wird besonders bei Menschen mit tiefen Einkommen oder Teilzeitarbeitenden zu deutlichen Verbesserungen bei den Renten führen (bis zu 340 Prozent). Auch Mehrfachbeschäftigte profitieren vom neuen prozentualen Koordinationsabzug. National- und Ständerat einigten sich des Weiteren auf angemessene und faire Ausgleichsmassnahmen für die Übergangsgenerationen. Dies, um die Senkung des Mindestumwandlungssatzes von 6,8 Prozent auf 6,0 Prozent abzufedern. Diese Anpassung war dringend nötig, um die Umverteilung von mehreren Milliarden Franken jährlich zu reduzieren, welche auf Kosten der aktiven Bevölkerung und der jungen Generationen geht. Zu guter Letzt ist es dem Parlament gelungen, der Benachteiligung von älteren Arbeitnehmenden ein Ende zu setzen. Dies, indem die Lohnabzüge für Arbeitnehmende ab 45 Jahren vereinheitlicht wurden. Die FDP hat sich im Rahmen dieser Reform seit Beginn stark engagiert, insbesondere durch die Einreichung verschiedener Anträge in den Sozialkommissionen beider Kammern. Bedauerlich und gleichzeitig entlarvend ist das Verhalten der Gewerkschaften, die alles ablehnen, was ihren Forderungen nicht zu 100 Prozent entspricht. So kündigten sie das Referendum bereits nach nur einer Beratungsrunde an. Die Gewerkschaften – und leider die linken Parteien mit ihnen – haben bei der Altersvorsorge den Überblick komplett verloren und gefährden mit ihrer Blockadepolitik den Zusammenhalt zwischen den Generationen.

FDP gibt weitere Impulse für ein digitalisiertes Gesundheitswesen

Künftig müssen Rezepte für Heilmittel grundsätzlich elektronisch ausgestellt und digital verschickt werden. Dies hat das Parlament auf Antrag unserer Zürcher Nationalrätin Regine Sauter und gegen den Willen des Bundesrates beschlossen. Nebst wichtigen Effizienzgewinnen stärkt die angenommene Motion die Sicherheit der Patienten (weniger Rezeptfälschungen und Medikationsfehler). Ebenfalls angenommen wurde eine Motion unseres Nationalrats Andri Silberschmidt, welcher die Stärkung der digitalen Kompetenzen des Gesundheitspersonals gefordert hatte. Im Fokus steht unter anderem der Einsatz digitaler Instrumente für die interprofessionelle Zusammenarbeit, der Umgang mit Big Data und mit künstlicher Intelligenz. Diese Erfolge der FDP sind bedeutend,



denn das jährliche Einsparpotential eines digitalisierten Gesundheitswesens bewegt sich im Milliardenbereich (Studie McKinsey & ETH Zürich). Umso bedauerlicher ist es zuzusehen, wie Bundesrat Alain Berset dieses zentrale Dossier seit Jahren verschläft und die Schweiz inzwischen im internationalen Vergleich auf dem abgeschlagenen 16. Rang fungiert. Die Schweiz muss ihr Gesundheitswesen endlich digitalisieren – die FDP bleibt dran!

Revision Sexualstrafrecht unter Dach und Fach

Nach einem gefühlt ewig langen Kampf in den Medien und im Ratsaal konnte das Parlament die fortschrittliche Revision im Sexualstrafrecht besiegeln. Der Nationalrat konnte sich im zentralen Punkt der Vorlage auf die Kompromisslösung (Widerspruchslösung inkl. Freezing) einigen. Von linker Seite wurde erfolglos versucht nochmals die Zustimmungslösung ins Spiel zu bringen. Dies zeigt wiederum auf, dass ihnen der Wahlkampf geführt von einer Symbolpolitik wichtiger ist als mehrheitsfähige Lösungen im Parlament. Für die FDP nicht zufriedenstellend war die Debatte hinsichtlich des Strafmasses und der Verjährbarkeit von Handlungen mit Kindern. Beides hat in der Gesellschaft einen symbolischen und emotionalen Charakter. Mit einer knappen Mehrheit wurde verhindert, die Verjährbarkeit auszudehnen und bspw. einen strafbaren Zungenkuss mit einer 15-Jährigen in diesen Belangen einem Kriegsverbrechen gleichzustellen. Dem Gesetzesentwurf sind folgende Fortschritte nochmals hervorzuheben: Für den Tatbestand der Vergewaltigung ist zukünftig keine Nötigung mehr nötig, sondern eine verbale oder nonverbale Ablehnung (inkl. des Freezing) genügen schon. Mittels der geschlechtsneutralen Definition wurde der Strafbestand zurecht ausgeweitet. Die genannte Kompromisslösung wurde durch unseren Ständerat Bauer initiiert und war schlussendlich wohl auch die Rettung der gesamten Vorlage. Mit Pragmatismus und liberalen Lösungen konnte wiederum eine Gesetzesvorlage sauber abgeschlossen werden.

2.2 Wirtschaft

Aufhebung der Industriezölle

In der ersten Hälfte der 51. Legislatur standen diverse wichtige wirtschaftspolitische Reformen auf dem Programm, die alle auf Vorstösse der FDP zurückgehen. Vor allem im Kontext des viel zitierten Linksrutschs bei den Wahlen 2019 war kaum absehbar, dass wir so erfolgreich sein würden. Ein zentraler Erfolg gelang in der Herbstsession 2021 mit der Aufhebung der Industriezölle und Vereinfachung der Zolltarifstruktur. Zur grossen Freude der FDP und dem Wirtschaftsstandort Schweiz wurde in der Beratung auf eine Staffelung der Abschaffung verzichtet. Die beschlossene komplette Aufhebung der Industriezölle entlastet den Arbeitsplatz und wird die Kosten für Konsumenten und für Branchen, welche auf Importe solcher Produkte angewiesen sind, senken. Nicht nur Zollkosten, sondern auch administrative Kosten fallen weg. Gerade in Zeiten der Corona-Krise war die Aufhebung der Industriezölle ein einfaches und unbürokratisches Mittel, um die Wirtschaft zu stärken. Das hartnäckige Engagement der FDP bei dieser Vorlage zahlte sich aus und eine langjährige Forderung der FDP konnte erfüllt werden (ein Referendum wurde nicht ergriffen).

Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital

Bereits 2009 hat die FDP-Liberale Fraktion eine parlamentarische Initiative eingereicht, welche die schrittweise Abschaffung der wettbewerbsverzerrenden Stempelsteuern forderte. Nachdem die Vorlage in mehrere Entwürfe aufgeteilt wurde, beschloss der Ständerat die Sistierung der Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital. Nach rund sieben Jahren Sistierung und im Lichte der Corona-Krise wurden die Arbeiten zur Abschaffung der Emissionsabgabe wieder aufgenommen. Die definitive Abschaffung in der Sommersession 2021 konnte in beiden Räten mit einer deutlichen Mehrheit erreicht werden, was als grosser Erfolg für die FDP zu werten ist. Dagegen gestellt haben sich wie üblich die Grünen und die SP, die auch gemeinsam das Referendum ergriffen haben. Die nachfolgende Volksabstimmung im Februar 2022 ging bedauerlicherweise verloren. Nichtsdestotrotz ändert sich nichts daran, dass die Abschaffung dieser veralteten und im internationalen Vergleich einmaligen Steuer, welche bei der Beschaffung von Eigenkapital anfällt, richtig wäre.



Abschaffung der Verrechnungssteuer

In der Wintersession 2021 konnte auch mit der längst überfälligen Reform der Verrechnungssteuer ein Erfolg verbucht werden. Sie geht auf eine langjährige Forderung der FDP zurück, die zum Ziel hat, die Wettbewerbsnachteile, welche sich die Schweiz mit dem aktuellen Verrechnungssteuersystem selbst schafft, zu beseitigen. Konkret soll mit der Reform die Verrechnungssteuer auf inländischen Zinserträgen weitgehend abgeschafft und die Umsatzabgabe auf Schweizer Obligationen aufgehoben werden. Damit soll es beispielsweise attraktiver werden, in der Schweiz Obligationen zu emittieren. Erneut mit aller Kraft dagegen gewehrt hat sich die Ratslinke, die erneut das Referendum ergriffen hat. Diese zerstörerische Haltung der Linken gegenüber den Schweizer Unternehmensstandort ist umso unverständlicher, weil diese Vorlage insgesamt ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis aufwies, massgeblich zur Stärkung des Finanz- und Wirtschaftsstandorts Schweiz beitrug und Impulse für neue Arbeitsplätze ausgelöst hätte. Da die Abstimmung leider knapp verloren ging, braucht es andere Massnahmen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz zu stärken.

Umsetzung der OECD-Mindeststeuer

In der Wintersession 2022, haben die beiden Räte in der Schlussabstimmung die Vorlage zur Umsetzung der OECD-Mindeststeuer verabschiedet. Die Nein-Stimmen im Nationalrat kamen dabei von den Ratslinken (im Ständerat kam die Vorlage fast einstimmig durch). Obschon die Linke stets für eine höhere Besteuerung von Grossunternehmen plädiert, empfanden sie die Vorlage als ungerecht und stiessen sich insbesondere am Verteilschlüssel der Ergänzungsteuereinnahmen zwischen Bund und Kantonen.

In der Herbstsession 2022 setzte sich im Ständerat die Verteilung 75% an die Kantone und 25% an den Bund noch mit einer grossen Mehrheit durch. In der Wintersession wurde der Verteilschlüssel jedoch heiss diskutiert. Im Nationalrat obsiegte zuerst ein Verteilschlüssel von 50:50. Wenigstens korrigierte der Zweitrat jedoch schon von Beginn weg die Entscheidung der Mehrheit der vorberatenden Kommission, eine Plafonierung oder Zweckbindung der Einnahmen vorzunehmen. Die Vorlage ging mehrmals zwischen den beiden Räten hin und her, da die Behandlung aufgrund des engen Zeitplans noch in dieser Session abgeschlossen werden musste, und die FDP kämpfte schliesslich erfolgreich gegen einen zu hohen Anteil der Ergänzungsteuereinnahmen an den Bund. Die 75:25 Aufteilung, welche zuletzt obsiegte, war für die FDP vertretbar. Zentral ist, dass der Grossteil der Mehreinnahmen den Kantonen zukommt, damit diese die absehbaren Nachteile kompensieren sowie die Attraktivität ihres Standortes bewahren können. Die Kantone kennen ihre Bedürfnisse und wissen am besten, wie sich die zur Verfügung stehenden Mittel effizient einsetzen lassen. Diese 75:25 Lösung liegt auch im Interesse des Bundes, da auch der Bundeshaushalt von der Attraktivität der Kantone profitiert. Die zusätzlichen Einnahmen werden automatisch im Finanzausgleich berücksichtigt, der für eine gewisse Gerechtigkeit zwischen den Kantonen sorgt.

Die FDP ist zwar gegen die Schwächung des internationalen Steuerwettbewerbs, dennoch muss die Schweiz die Reformen der OECD umsetzen. Wenn diese nicht in einem Schweizer Gesetz geregelt werden, müssten multinationale Unternehmen in der Schweiz mit zusätzlichen Steuern im Ausland rechnen, was wiederum den Wirtschaftsstandort Schweiz belasten würde. So ist es sinnvoller, dass die Schweiz mutmassliche Mehreinnahmen für Massnahmen nutzt, die dem Erhalt der Standortattraktivität dienen, als dass dieses zusätzliche Steuersubstrat ins Ausland abfließt. Die Schweiz kann sich also diesen internationalen Regeln nicht entziehen. Am 18. Juni 2023 stimmt das Volk in einer Volksabstimmung dem Projekt zu (78,5% Ja).

2.3 Sicherheit

Neues Kampfflugzeug

Ganz zu Beginn der neuen Legislatur in der Wintersession 2019 fällte das Parlament eine wichtige sicherheitspolitische Entscheidung und einigte sich auf den Rahmen für den Kauf neuer Kampfflugzeuge. Der vom Parlament verabschiedete Planungsbeschluss umfasste einen Budgetrahmen von maximal sechs Milliarden Franken für die Beschaffung neuer Flugzeuge. Der Beschluss legt weder die Anzahl Flugzeuge noch den Flugzeugtyp fest. Diese Entscheide wurden dem Bundesrat übertragen. Für die FDP war von Anfang an klar: Die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge ist eine sicherheitspolitische Notwendigkeit. Die Verteidigung der



Bevölkerung und des Landes ist ohne effektive Luftabwehr nicht möglich. Denn auch in Friedenszeiten ist eine moderne Flugzeugflotte zur Erfüllung des Luftpolizeidienstes, zum Schutz kritischer Infrastrukturen und zur Sicherung der Hoheit über den Luftraum unverzichtbar. Wie zu erwarten war, wurde auch gegen diesen Beschluss ein Referendum von Links ergriffen. In einem emotional geführten Abstimmungskampf konnte im Herbst 2020 nur dank dem grossen Einsatz der FDP-Kampagne ein knappes Ja (50,1%) erzielt werden.

Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)

Seit den Anschlägen von Paris im Jahr 2015 haben terroristisch motivierte Täter in Europa mehrere Dutzend Attentate verübt. Diverse Ereignisse in der Schweiz zeigen, dass auch die Schweiz keine Insel ist, wenn es um terroristische Bedrohungen geht. Bis vor Kurzem konnte die Polizei in der Regel aber erst einschreiten, wenn eine Person eine Straftat begangen hat. Um terroristische Anschläge verhindern zu können, haben Bundesrat und Parlament mit dem Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) eine neue rechtliche Grundlage geschaffen: Künftig kann die Polizei präventiv eingreifen, wenn konkrete und aktuelle Anhaltspunkte vorliegen, dass von einer Person eine terroristische Gefahr ausgeht. Die FDP hat zusammen mit der damals federführenden Bundesrätin Karin Keller-Sutter in der parlamentarischen Beratung eine zentrale Rolle gespielt, um einen mehrheitsfähigen Kompromiss mit verhältnismässigen Massnahmen zu zimmern, gegen den aber trotzdem das Referendum von Links ergriffen wurde. Die Volksabstimmung im Sommer 2021 konnte dank dem tatkräftigen Einsatz der FDP und ganz im Sinne des Grundsatzes «Keine Freiheit ohne Sicherheit» mit 56,6 Prozent gewonnen werden.

Kriegsmaterialgesetz

Die Initiative der SiK-S (23.402), die auf einer Motion von Ständerat Thierry Burkart basiert, wurde von der kleinen Kammer in der zweiten Woche der Sommersession 2023 behandelt und mit 22 zu 17 Stimmen (bei 4 Enthaltungen) angenommen. Die Linke und einige Ständeräte der SVP und der Mitte waren dagegen. Leider lehnte der Nationalrat in der Herbstsession mit 135 zu 48 Stimmen bei 5 Enthaltungen ab und folgte damit dem Antrag seiner Kommission. Um es kurz zu machen: Alle Parteien ausser der FDP und der Mitte lehnten den Vorschlag ab.

Die parlamentarische Initiative der SiK-N, 23.403 (die Elemente von 23.402 und einen Vorschlag der Linken aufgreift), wird jedoch noch in den Kommissionen behandelt. Sie deckt sich mit dem Ziel der Initiative 23.402, das darin besteht, dass Länder, die Rüstungsgüter von der Schweiz kaufen, diese nach fünf Jahren unter bestimmten Bedingungen wieder ausführen können. Es sei daran erinnert, dass das Kriegsmaterialgesetz 2021 von einer Mitte-Links-Mehrheit unnötigerweise verschärft wurde. Die FDP war die erste Partei, die das Thema im letzten Jahr durch die Motion Burkart wieder auf den Tisch brachte. Das Dossier ist also noch nicht abgeschlossen.

Im Übrigen wurde die Motion der APK-S (23.3585) in der letzten Woche der Herbstsession 2023 vom Ständerat mit 27 zu 11 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. Sie zielt darauf ab, das Kriegsmaterialgesetz zu ändern, um dem Bundesrat zu erlauben, von den Bewilligungskriterien abzuweichen, wenn es um die Ausfuhr von Kriegsmaterial geht. Achtung, hier ist nicht von «Wiederausfuhr» die Rede, sondern lediglich von der «Ausfuhr» von Kriegsmaterial. Wenn aussergewöhnliche Umstände vorliegen und die Wahrung der aussen- oder sicherheitspolitischen Interessen des Landes es erfordern, kann der Bundesrat beschliessen, den Verkauf von Kriegsmaterial an ein fremdes Land zu genehmigen. Das Ziel ist klar: Der Bundesrat soll mehr Flexibilität bei der Ausfuhr von Kriegsmaterial erhalten, je nachdem, wie sich die Aussen- und Sicherheitspolitik entwickelt. Davon profitiert auch die Rüstungsindustrie in der Schweiz.

2.4 Energie

Energiesicherheit

Der Mantelerlass für eine sichere Stromversorgung ist eine wichtige Grundlage für die Energiezukunft der Schweiz. Hier werden die Weichen für die Energiepolitik bis ins Jahr 2050 gestellt. Der Stromverbrauch wird bis dahin massiv zunehmen, da die Elektrifizierung voranschreitet und immer weniger fossile Brennstoffe genutzt werden. Um dies zu schaffen, haben die beiden Räte beschlossen im Energie-, im Stromversorgungs- und im Raumplanungsgesetz zahlreiche Massnahmen zu verankern. Den grössten Anteil am Ausbau der einheimischen



Energien soll die Wasserkraft haben. Damit die Wasserkraft-Projekte so schnell wie möglich umgesetzt werden können, sollen die Verfahren beschleunigt werden. Eine Planungspflicht soll nur für Vorhaben an einem neuen Standort gelten, und auch dann beschränkt sich diese Pflicht auf den Richtplan. Das Interesse an einer Realisierung geht anderen Interessen von nationaler Bedeutung grundsätzlich vor. Beiden Kammern war es wichtig, dass das Gesetz referendumsfähig ausgestattet ist. Bei den Restwassermengen kommen die Räte den Umweltschützern entgegen. Auf der anderen Seite wurde die Solarpflicht für sämtliche Neubauten aus dem Gesetz gekippt und abgeschwächt und auch Parkplätze müssen nicht zwangsweise mit Solarelementen überdacht werden. Nun soll nur für Neubauten mit mehr als 300 Quadratmetern Gebäudefläche eine Pflicht gelten. Kraftwerke in Biotopen von nationaler Bedeutung sowie in Wasser- und Zugvogelreservaten sollen weiterhin ausgeschlossen sein. In neu entstehenden Gletschervorfeldern und alpinen Schwemmebenen sollen solche jedoch grundsätzlich infrage kommen. Dennoch ist die Schweiz auch mit dem Mantelerlass nicht aus dem Schneider. Das Land braucht viel mehr Strom. Diesen können die vorgeschlagenen Massnahmen bei weitem nicht liefern. Um die drohende Stromlücke zu beheben, braucht die Schweiz zwingend ein Grosskraftwerk und eine Überarbeitung der Energiestrategie. Dazu hat die FDP eine Fraktionsmotion eingereicht.

CO2-Gesetz

Die Revision des CO2-Gesetzes hat zum Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 50 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Dies ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu Netto-Null bis 2050, was die Bevölkerung 2023 mit dem Ja zum Klimagesetz bekräftigt hat. Die Vorlage des Bundesrates entstand unmittelbar nach der Ablehnung des CO2-Gesetzes im Juni 2021. Deshalb verzichtet die Vorlage auf neue oder höhere Abgaben, auf Gebote und Verbote, aber auch auf den Ausbau marktwirtschaftlicher Instrumente. Erfreulicherweise hat der Ständerat dennoch einige Elemente aufgenommen, welche die FDP bereits kurz nach der Volksabstimmung gefordert hatte. Um dieses Ziel zu erreichen, hat der Ständerat in der ersten Lesung des Gesetzes in vielen Bereichen Nägel mit Köpfen gemacht. Dazu gehören die Bereiche Gebäude, Verkehr, Luftfahrt und Unternehmen. Gemäss der Mehrheit des Ständerats setzt die Schweiz auf Emissionsreduktionen im Ausland. Das ist gefährlich und birgt Milliardenrisiken für die Bundeskasse. Hier muss der Nationalrat gegensteuern.

3 Weitere Erfolge der Legislatur

Agrarpolitik

- › Ablehnung der Volksinitiativen «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» und «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung»
- › Annahme des inoffiziellen Gegenvorschlags [19.475](#) «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren»
- › Ablehnung der Volksinitiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz»
- › Bericht des Bundesrates über die Digitalisierung in der Landwirtschaft aufgrund des Postulats [19.3988](#) von Nationalrat Jacques Bourgeois und Annahme der Motion [21.3374](#) von Nationalrätin Simone de Montmollin zum Thema «Sozialversicherungsschutz für Bauernfamilien. Lage der auf dem Betrieb arbeitenden Ehepartnerinnen und Ehepartner unverzüglich verbessern»

Aussenpolitik

- › Abschluss von Freihandelsabkommen mit Japan, China, Indonesien und weiteren aufstrebenden Märkten. Beginn der Verhandlungen mit Mercosur (u.a. Brasilien).
- › Verteidigung der Bilateralen vor innenpolitischen Angriffen. Abwehr von Angriffen auf die Personenfreizügigkeit, die die Bilateralen aufs Spiel setzen.
- › Sicherung der Schengen/Dublin-Assoziierung dank pragmatischer Umsetzung des Schengen Waffenrechts und erfolgreicher Kampagne gegen das Referendum.
- › Erhalt der Verlässlichkeit der Schweiz als internationale Vertrags- und Handelspartnerin dank erfolgreicher Kampagne gegen die Selbstbestimmungsinitiative.
- › Wahl der Schweiz in den UN-Sicherheitsrat als nicht-ständiges Mitglied in der Periode 2023/2024 unter der Ägide von Bundesrat Ignazio Cassis.



Bildung, Forschung, Innovation

- › Fraktionsmotion [20.3237](#): Mobilfunknetz. Die Rahmenbedingungen für einen raschen Aufbau jetzt schaffen.
- › Motion [21.3180](#) von Nationalrat Andri Silberschmidt: Vollständig digitale Unternehmensgründung sicherstellen.
- › Massgebende Mitwirkung mittels Fraktionsmotion für die Einführung einer E-ID.
- › Initiierung und Förderung von digitalen Gesetzesprojekten, beispielsweise beim Gesetz über Digitalisierung im Notariat und Effizienzsteigerung durch Digitalisierung in der Verwaltung.
- › Starke Volksschule, die allen gleiche Startchancen bietet
- › Tiefe Jugendarbeitslosigkeit dank praxisorientierter Berufsbildung
- › Weltweit führende Hochschulen und Forschungsinstitute
- › Stabile Finanzierung für Bildung, Forschung und Innovation
- › Steuerabzug für Aus- und Weiterbildungskosten
- › Eine aktive Unterstützung der Fachkräfteinitiative durch Förderung der MINT-Bereiche
- › Angleichung der Schulsysteme, gemeinsame Bildungsziele und Leistungsstandards
- › Die Aufwertung des Erlernens von Landessprachen, um den nationalen Zusammenhalt zu stärken
- › Übergangslösung für den Anschluss an EU-Forschungsprogramm Horizon 2020

Finanzpolitik

- › Ablehnung der Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» (99%-Initiative)
- › Annahme der parlamentarischen Initiative [20.455](#) von Nationalrätin Christa Markwalder zur Erhöhung des Abzugs für Kinderbetreuungskosten durch Dritte auf 25'000 Franken.
- › Erfolgreiche Einreichung der Volksinitiative zur Einführung der Individualbesteuerung.
- › Einführung und Beibehaltung der Schuldenbremse trotz Bestrebungen sie zu schwächen

Gesundheitspolitik

- › Klares Ja bei der Abstimmung über die Widerspruchslösung im Transplantationsgesetz.
- › EFAS ist entscheidend vorwärtsgekommen
- › Verhältnismässig wenige Einschränkungen während der Covid-Pandemie
- › Angenommene Vorstösse:
 - › Motion [21.4374](#) Nationalrat Andri Silberschmidt: Einführung einer digitalen Patientenadministration
 - › Motion [21.4373](#) Nationalrat Andri Silberschmidt: Einführung eines eindeutigen Patientenidentifikators
 - › Motion [20.3211](#) Ständerat Damian Müller: Für mehr Handlungsspielraum bei der Beschaffung von Medizinprodukten zur Versorgung der Schweizer Bevölkerung
 - › Motion [19.3703](#) Ständerat Josef Dittli: Medikamentenkosten. Es braucht Anpassungen beim Zulassungs- und Preisbildungssystem im Bereich der Grundversicherung
 - › Fraktionspostulat [22.4022](#): Potenzial von Digitalisierung und Datenmanagement im Gesundheitswesen nutzen. Die Schweiz braucht eine übergeordnete Digitalisierungsstrategie!

Migrationspolitik

- › Die FDP anerkennt die Herausforderungen. Sie übernimmt Verantwortung und stellt in diesem Zusammenhang berechnete Fragen und Forderungen, um die Akzeptanz des Asylsystems zu erhalten. Namentlich sind es die folgenden Vorstösse: Ip. Fluri [23.3922](#), Mo. de Quattro [23.3886](#), Ip. de Quattro [23.3885](#), Ip. de Quattro [23.3884](#), Ip. Gössi [23.3872](#), Mo. Bauer [23.3838](#), Po. Müller [23.3837](#), Ip. Gössi [23.3816](#) und Ip. Jauslin [23.3797](#).
- › In der Sommersession 2023 konnte der Ständerat (Mithilfe unserer Fraktionsmitglieder) weitere Belastungen und Ausweitungen des Asylsystems verhindern und sich unter anderem kritisch zur jetzigen Wiederaufnahme des Resettlement-Programms äussern (siehe [MM vom 16.06.23](#)).
- › Ständerat Damian Müller konnte in der Sommersession 2023 einen Hattrick landen. Drei seiner Vorstösse im Rückkehrbereich hat der Ständerat zugestimmt, namentlich: Mo. [23.3176](#), Mo. [23.3032](#) und Mo. [23.3031](#).
- › In den Kantonen wurden Vorstösse eingereicht, damit die verfügbaren Wegweisungen von Flüchtlingen, denen keinen Schutz zusteht, auch tatsächlich vollzogen werden (siehe [MM vom 11.02.23](#)).



- › Unterstützung des Nationalrates für unsere Fraktionsmotion, die irreguläre sekundäre Migration und deren Ursachen bekämpfen möchte.
- › Im Wahlkampfjahr wurde dauernd das Thema Asyl und Zuwanderung durch die SVP initiiert und zu weitreichende Forderungen wurden so auf den Tisch gebracht. Mittels «hart, aber fair» steht die FDP mit einer realistischen Migrationspolitik zu ihrer langjährigen humanitären Tradition und sorgt dafür, dass die Akzeptanz des Schweizerischen Asylsystems erhalten bleibt.

Sozialpolitik

- › Federführung bei der Ausarbeitung und Kampagnenlead während des Abstimmungskampfes zur Reform AHV 21 (Einheitliches Referenzalter Männer/Frauen, Sicherung der AHV-Finzen bis 2030, Flexibilisierung Altersrücktritt)
- › Mit der AHV 21 konnte eine 25 Jahre lang andauernde Blockadepolitik der Linken und Gewerkschaften durchbrochen werden.
- › Modernisierung der 2. Säule (BVG 21), mit der...
 - › ...Geringverdiener, Teilzeitarbeitende und Mehrfachbeschäftigte (oftmals Frauen) mehr Alterskapital aufbauen und künftig mehr Rente erhalten werden (Senkung des Koordinationsabzugs)
 - › ...die Umverteilung von mehreren Milliarden Franken jährlich zu Lasten der Jungen reduziert wird (Senkung Mindestumwandlungssatz)
 - › ... ältere Arbeitnehmende nicht mehr benachteiligt werden (Angleichung der Lohnabzüge)
- › Angenommene Vorstösse:
 - › Motion [20.4078](#) von NR Silberschmidt: Netto-Null-Ziel im Jahr 2050. Ein Nachhaltigkeitsziel auch für die AHV.
 - › Fraktionspostulat [21.4430](#): Auswirkungen einer zivilstandsunabhängigen Altersvorsorge?

Sicherheit und Armee

- › Wesentliche FDP-Forderungen in Bezug auf das Strafgesetzbuch wurden bei der laufenden Revision berücksichtigt, wie zum Beispiel die Wiedereinführung von kurzen Freiheitsstrafen
- › Einführung gerichtlicher Verfahren gegen vorbestrafte Täter und Kleinkriminelle
- › Der Schutz der Privatsphäre, insbesondere mit der Volksinitiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre»
- › Federführung in den Kantonen bei Umsetzung von Integrationsvereinbarungen oder bei der Zusammenarbeit von Gemeinden und Sportclubs zur Bekämpfung des Hooliganismus
- › Erfolgreiche Kampagne der FDP im Abstimmungskampf für neue Kampfflugzeuge. In der Sommersession 2022 wurde mit Unterstützung der FDP der Verpflichtungskredit von 9,3 Mrd. Franken für die Beschaffung der Kampfflugzeuge sowie eines neuen Luftabwehrsystems genehmigt.
- › Die FDP unterstützte die raschen Massnahmen nach Beginn der Aggressionen Russlands gegen die Ukraine im Februar 2022. Die erstmalige Aktivierung des Schutzstatus S unter der Federführung von Bundesrätin Keller-Sutter ermöglichte eine rasche und humanitäre Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge.

Staats-, Familien- und Gesellschaftspolitik

- › Einführung der Mutterschaftsentschädigung («Modell Triponez»)
- › Möglichkeit der Stiefkindadoption für in eingetragener Partnerschaft und in faktischer Lebensgemeinschaft lebende Partner
- › Beseitigung bürokratischer Hürden für den Bau und Betrieb von Kindertagesstätten
- › Bundesgesetz über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose – FDP passte Anspruchsgruppen an und vermied somit falsche Anreize im Gesetz.
- › Annahme der Motion [22.3235](#) von Ständerat Andrea Caroni: Zeitgemässes Abstammungsrecht
- › Motion [22.448](#) von Ständerat Andrea Caroni: «Einen Pacts für die Schweiz»
- › Einreichung der Volksinitiative für die Einführung der Individualbesteuerung

Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation



- › Erfolgreiche Abschaffung / Befristung von Subventionen im Energiebereich.
- › Einführung von steuerlichen Anreizen zugunsten energetischer Gebäudesanierungen.
- › Beschleunigung des Um- und Ausbaus der Stromnetze.
- › Ermöglichung von Rechtsvorbeifahren auf Nationalstrassen.
- › Flexible Regulierung des automatisierten und autonomen Fahrens.
- › Motion [20.3221](#) Ständerat Josef Dittli: Durch Automation Güter auf der Schiene effizienter transportieren

Wirtschafts- und Steuerpolitik

- › Anpassungen des Arbeitsgesetzes an moderne Gegebenheiten ist im Gange.
- › Tiefe Bürokratie und optimale wirtschaftliche Rahmenbedingungen: Verschiedene erfolgreiche Vorstösse, um die Regulierungswut zu bremsen.
- › Annahme des Freihandelsabkommens mit Indonesien

Weniger Bürokratie und schlanker Staat

- › Anpassungen des Arbeitsgesetzes an moderne Gegebenheiten ist im Gange.
- › Tiefe Bürokratie und optimale wirtschaftliche Rahmenbedingungen: Verschiedene erfolgreiche Vorstösse, um die Regulierungswut zu bremsen.
- › Zweiter Anlauf bei der elektronischen Identität (e-ID), wurde mittels unser Fraktionsmotion angestossen (Mo. [21.3129](#)). Die geforderte staatliche Lösung soll die Grundsätze des Datenschutzes, der Datensparsamkeit sowie der dezentralen Datenspeicherung einhalten.
- › Angenommener Vorstoss zur Vermeidung von Doppelspurigkeiten bei der Datenerhebung dank Digitalisierung (Wahrung der Prinzipien: Datensparsamkeit und dezentrale Datenspeicherung).
- › Modernisierung der Zollverfahren

Anhang I

Eingereichte Vorstösse:

Motionen, Interpellationen, Postulate, Anfragen, eingereichte Initiativen

	Objekt	Typen	Titel	Stand	Wann
1	23.4032	Motion	Die Energiestrategie muss überarbeitet werden!	Eingereicht	21.09.23
2	23.4003	Motion	KVG. Ermöglichung von freiwilligen qualitätsabhängigen Spitaltarifen	Eingereicht	14.09.23
3	23.4004	Motion	Qualitätsentwicklung: Ein Zeitplan zur Steigerung der Transparenz im Gesundheitswesen	Eingereicht	14.09.23
4	23.3857	Motion	KVG. Ein erschwingliches Versicherungsmodell	Stellungnahme des Bundesrates: Ablehnung	16.06.23
5	23.3632	Motion	Eigenkapital- und Fremdfinanzierung gleich behandeln. Krisenrobustheit stärken	Stellungnahme des Bundesrates: Ablehnung	06.06.23
6	23.3602	Motion	Finanzplatzstrategie für die Zukunft	Stellungnahme des	01.06.23



				Bundesrates: Annahme	
7	23.3601	Motion	Schluss mit teuren Doppelspurigkeiten bei Gesundheitsdaten. Mehrfachnutzung jetzt anpacken!	Stellungnahme des Bundesrates: Annahme	01.06.23
8	23.3533	Motion	Irreguläre Sekundärmigration stoppen und Ursachen bekämpfen	In Kommission des Ständerats	03.05.23
9	22.4022	Postulat	Potenzial von Digitalisierung und Datenmanagement im Gesundheitswesen nutzen. Die Schweiz braucht eine übergeordnete Digitalisierungsstrategie!	Überwiesen an den Bundesrat	28.09.22
10	22.4021	Postulat	Erhalt der bestehenden Kernkraftwerke als langfristige Option gegen eine Stromlücke	Erledigt	28.09.22
11	22.3954	Motion	Energiesparmassnahmen konkret. Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Von der Wochen- zur Jahresarbeitszeit	Stellungnahme des Bundesrates: Ablehnung	21.09.22
12	22.3903	Interpellation	Energieversorgung. Licht ins Dunkel bringen!	Erledigt	12.09.22
13	22.3630	Motion	Neuer Status für Selbstständige in Plattformbeschäftigung. Soziale Absicherung sicherstellen	Stellungnahme des Bundesrates: Ablehnung	15.06.22
14	22.3249	Motion	Entlastungspaket zugunsten der Bevölkerung und Wirtschaft	Rückzug	17.03.22
15	22.3047	Interpellation	Lehren aus dem Ukraine-Konflikt für die Schweiz ziehen	Erledigt	02.03.22
16	22.1003	Dringliche Anfrage	Auswirkungen des Frontex-Referendums	Erledigt	02.03.22
17	21.4430	Postulat	Auswirkungen einer zivilstandsunabhängigen Altersvorsorge?	Überwiesen an den Bundesrat	15.12.21
18	21.4122	Interpellation	Mehr Transparenz über die Entschädigungen der Unia-Arbeitslosenkasse durch das SECO	Erledigt	29.09.21
19	21.4121	Interpellation	Mehr Transparenz bei Gesamtarbeitsverträgen zugunsten der Arbeitnehmer	Erledigt	29.09.21
20	21.4114	Postulat	Freie Wahl der Pensionskasse. Machbarkeit und Vorteile?	Erledigt	29.09.21
21	21.4071	Motion	Fachwissen anzapfen für die Armee der Zukunft!	Erledigt	22.09.21
22	21.4001	Interpellation	Krise in Afghanistan. Was unternimmt die Schweiz?	Erledigt	15.09.21
23	21.3739	Motion	Fortführung der Modernisierung der Post	Stellungnahme des Bundesrates: Ablehnung	16.06.21



24	21.3675	Motion	Potenzial des Impfausweises auch nach der Pandemie nutzen	Rückzug	09.06.21
25	21.3674	Interpellation	OECD-Steuerharmonisierung. Offensive Strategie zur Sicherung von Standortattraktivität und Steuererträgen	Erledigt	09.06.21
26	21.3516	Interpellation	Sicherung des bilateralen Weges. Interessen der Departemente?	Erledigt	04.05.21
27	21.3205	Postulat	Rolle des Bundesstabes für Bevölkerungsschutz im Rahmen der Covid-19-Pandemie	Überwiesen an der Bundesrat	17.03.21
28	21.3204	Interpellation	5G-Antennen. Rechtsverweigerung bei der Bearbeitung von Baugesuchen?	Erledigt	17.03.21
29	21.3129	Motion	Vertrauenswürdige staatliche E-ID	Überwiesen an der Bundesrat	10.03.21
30	20.4375	Interpellation	Covid-19-Impfstoffe. Welche Strategie verfolgt der Bundesrat?	Erledigt	02.12.20
31	20.4285	Postulat	Berufsbildung und Gleichstellung. Lust und Kompetenzen vermitteln, unternehmerisch tätig zu werden, Frauen wie Männern und in allen Branchen	Überwiesen an den Bundesrat	30.10.20
32	20.4063	Motion	Schluss mit der Blackbox. Klimaschutz, Energiesicherheit und Infrastrukturnutzung dank Erforschung des Untergrunds	Überwiesen an den Bundesrat	23.09.20
33	20.4062	Motion	Bürgerinnen- und Bürgerdienst. Weiterentwicklung des Milizsystems und Sicherung der Bestände	Erledigt	23.09.20
34	20.3880	Interpellation	Coronavirus. Verwendung von Kreditresten	Erledigt	19.06.20
35	20.3243	Motion	Covid-19. Die Digitalisierung im Gesundheitswesen beschleunigen	Überwiesen an den Bundesrat	04.05.20
36	20.3242	Postulat	Covid-19. Die richtigen Lehren aus der Krise ziehen	Überwiesen an den Bundesrat	04.05.20
37	20.3241	Postulat	Covid-19. Gewährleistung der Versorgung mit Medikamenten, Impfstoffen und medizinischem Material	Überwiesen an den Bundesrat	04.05.20
38	20.3240	Postulat	Covid-19. Bildung eines Zentrums für Innovation in der Bundesverwaltung (Public Innovation Hub)	Überwiesen an den Bundesrat	04.05.20
39	20.3239	Motion	Covid-19. Gezielt in Forschung und Entwicklung investieren	Rückzug	04.05.20
40	20.3238	Interpellation	Covid-19. Überprüfung der Pflichtlager	Erledigt	04.05.20
41	20.3237	Motion	Mobilfunknetz. Die Rahmenbedingungen für einen raschen Aufbau jetzt schaffen	Überwiesen an den Bundesrat	04.05.20
42	20.3236	Motion	Covid-19. Stärkung der Unternehmen mit dem Abzug für Eigenfinanzierung nach der Corona-Krise	Erledigt	04.05.20
43	19.4463	Motion	Modernisierung der individuellen Vorsorge. Einzahlung in die dritte Säule des nichterwerbstätigen Partners	Erledigt	18.12.19



Anhang II

Volksabstimmungen

Anzahl der Entscheidungen im Sinne der FDP	25
Anzahl der Entscheidungen gegen die FDP-Position	11
Anteil der gewonnenen Abstimmungen	69,4%

Gewonnene Volksabstimmungen

2020

- › Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen»
- › Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung
- › Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»
- › Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge
- › Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt»
- › Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten»

2021

- › Bundesbeschluss über die Genehmigung des Umfassenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien
- › Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz»
- › Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide»
- › Covid-19-Gesetz
- › Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)
- › Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern»
- › Ehe für alle
- › Justiz-Initiative
- › Covid-19-Gesetz (v.2)

2022

- › Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt»
- › Bundesgesetz über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien
- › Transplantationsgesetz
- › Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands
- › Massentierhaltungsinitiative
- › Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer
- › Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) (AHV 21) 2023
- › Verrechnungssteuergesetz,

2023

- › Bundesbeschluss über eine besondere Besteuerung grosser Unternehmensgruppen
- › Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit
- › Covid-19-Gesetz (v.3)



Verlorene Volksabstimmungen

2020

- › Jagdgesetz
- › Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten
- › Erwerbsersatzgesetz

2021

- › Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot»
- › Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste
- › CO2-Gesetz
- › Pflegeinitiative

2022

- › Volksinitiative vom 12.09.2019 «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung
- › Änderung vom 18.06.2021 des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben
- › Filmgesetz
- › Verrechnungssteuergesetz,

Anhang III

Liste der Mitglieder der Fraktion

Nationalrat

Damien Cottier (NE), Präsident (seit 17. Februar 2022)

Daniela Schneeberger (BL), Vizepräsidentin (seit 1. März 2022)

Alexandre Berthoud (VD) (ab 13. Juni 2022 Ersatz für Isabelle Moret, die in den Regierungsrat des Kantons Waadt gewählt wurde.)

Jacques Bourgeois (FR)

Rocco Cattaneo (TI)

Simone de Montmollin (GE)

Jacqueline de Quattro (VD)

Marcel Dobler (SG)

Alex Farinelli (TI)

Olivier Feller (VD) (Vize-Fraktionspräsident bis 2022)

Doris Fiala (ZH)

Kurt Fluri (SO)

Anna Giacometti (GR)

Petra Gössi (SZ) (Parteipräsidentin bis 2021)

Matthias Samuel Jauslin (AG)

Christian Lüscher (GE)

Christa Markwalder (BE)

Philippe Nantermod (VS)



Hans-Peter Portmann (ZH)

Maja Riniker (AG)

Daniel Ruch (VD) (ab 13. Juni 2022, Ersatz für Frédéric Borloz, der in den Regierungsrat des Kantons Waadt gewählt wurde)

Regine Sauter (ZH)

Peter Schilliger (LU)

Andri Silberschmidt (ZH)

Susanne Vincenz-Stauffacher (SG)

Patricia von Falkenstein (BS), Liberaldemokratische Partei (ab 29. November 2021, Nachfolgerin von Christoph Eymann, der zurückgetreten war)

Beat Walti (ZH) (Fraktionspräsident bis Februar 2022)

Christian Wasserfallen (BE)

Laurent Wehrli (VD)

Ständerat

Hans Wicki (NW), Vizepräsident

Philippe Bauer (NE)

Thierry Burkart (AG), Parteipräsident seit 2021

Andrea Caroni (AR)

Josef Dittli (UR)

Olivier Français (VD)

Johanna Gapany (FR)

Thomas Hefti (GL)

Matthias Michel (ZG)

Damian Müller (LU)

Ruedi Noser (ZH)

Martin Schmid (GR)